

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgebühren), bei Aufhebung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgeber: Joh. Stanningh, verantw. Redakteur: Aug. Winnig, beide in Hamburg. Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Beienbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr. Vereins-Anzeigen für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Die säumigen Zahler müssen schleunigst ihre Pflichten erfüllen, wenn sie ihre Rechte im Verband behalten wollen!

Inhalt: Keine Ruhe in Preußen! — „Zukunftstaats“ und Zwangsgewalt des Gegenwartsstaates. — Wie wird in Preußen regiert? — Militarismus und Kulturarbeit. — Ein Plakat über die soziale Frage und den Sozialismus. — Politische Umschau. — Maurerbewegung: Streiks, Ausperrungen, Maßregelungen, Differenzen. Bekanntmachung des Verbandes vorläufiger Bekanntmachungen der Gewerkschaften. Berichte: — Central-Frankenkasse. — Vom Bau: Das Baujahr 1907. Unfälle, Arbeiterlohn, Subventionen etc. — Aus Unternehmenskreisen. — Aus anderen Berufen. — Verschiedenes. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Beförderer Zugwürfel.

Abgeordneten und Minister mit stürmischen Hochrufen auf das freie Wahlrecht. Im Sitzungssaal selbst waren die Tribünen überfüllt, besonders das Arbeiter-element hatte sich zahlreich eingefunden. Der freisinnige Antrag wurde von dem alten Demokraten Träger begründet. Dann kam die so heiß erwartete

Erklärung der Regierung zur Frage der Wahlreform:

Die königliche Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preussischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die königliche Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die königliche Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist. Auch kann die königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Jede gesunde Reform des preussischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen und deshalb auf eine gerechte Abstufung des Gewichtes der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder, ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung u. dergl., zweckmäßig abgestuft werden muß. Sobald die königliche Staatsregierung für ihre Entschlüsse feste Unterlagen gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann, wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.

Das ist die Erklärung der Regierung! Sie würde von der Rechten des Landtages mit lebhaftem Beifall, von der Linken mit Widerspruch und Zischen aufgenommen. Nach Wilow sprach noch ein Konservativer, kein Junker, sondern ein Gewerbetreibender aus Stettin, der Buchdruckereibesitzer Malkewitz. Natürlich war er mit der Regierungserklärung im ganzen zufrieden. Er verteidigte das bestehende Wahlrecht und hatte es leicht, den freisinnigen Parteien den leider begründeten Vorwurf der Inkonsistenz zu machen, daß sie für Preußen ein Wahlrecht forderten, das sie in anderen Staaten (Bremen und Hamburg) ablehnten. Der Redner der Nationalliberalen, Krause-Königsberg stimmte der Regierungserklärung im großen und ganzen zu, verlangte aber eine Neueinteilung der Wahlkreise. Dr. Rorich als Redner des Zentrums erklärte sich für den freisinnigen Antrag in seinem ersten Teile, lehnte aber die Neueinteilung der Wahlkreise ab. Von den Freisinnigen hatten noch Bachnick und Fischbeck und von den Polen Korfanty geredet. Wilow hörte ihre Reden nicht mehr an; denn was gilt ihm und seinen Auftraggebern deren Gerede! Die Regierung hatte ihre Meinung gesagt, mit den Junkern war sie einig, und was kümmert sie sich um das andere

Knotenpack! Soweit es nicht als Steuerzahler und Kanonenhüter in Betracht kommt, ist es ihr Lust, noch weniger als Luft. Damit ist sie bis jetzt durchgekommen und sie wird, so denkt sie, auch weiter Glück damit haben, solange bis — wer weiß? Nach uns die Sintflut!

Die Rechnung der Regierung hat ein Loch, ein großes und gefährliches Loch. Das heißt, gefährlich für sie, die Regierung und ihre Kostgänger, nicht für uns, für das Volk. Die Reaktionen pflegen bei all ihrer gerissenen Routine die Veränderungen außer Betracht zu lassen; die das Machtverhältnis durch neu aufkommende Kräfte erfahren hat. Sie halten sich an die Form, und da diese nicht anders geworden ist, so bemerken sie nicht das neue Leben, das sich hinter der alten Schale recht und freudig, das wächst und immer neue Energien in sich aufnimmt, bis eines Tages die Schale bricht.

Die Regierung kennt die Volksbewegung für ein freies Wahlrecht in Preußen nicht. Sie weiß nicht, wie diese Bewegung ständig an Kraft und Größe zunimmt. Sie sieht die Versammlungen durch die Polizeibeckel, und da sich diese von je durch eine phänomenale Kürzlichkeit ausgezeichnet hat, so entgeht ihr das gährende Ferment, das erwachende politische Interesse, aufgeschwacht von dem Gefühl, daß hier ein fast sechzigjähriges riesengroßes Unrecht abzuwischen ist. Sie glaubt diese Bewegung durch eine kategorische Erklärung: Nein! es gibt kein freies Wahlrecht! zurückhalten zu können. Sie wird sich täuschen. Es ist zu spät dazu. Es wäre eine nationale Schmach, eine helle Schande für das deutsche Volk, wenn es sich bei dieser Erklärung beruhigen wollte. Das darf das Volk nicht! Sollen Deutsche weniger politische Rechte haben, als die Bewohner eines Balkanraubaates? Soll das deutsche Volk noch länger auf einer tieferen Stufe der politischen Kultur stehen, als die Bürger einer südamerikanischen Republik? Preußens Regierung will es. Aber das Preußenvolk will es nicht. Und es darf es nicht wollen.

Darum kommt der Regierungserklärung nur die Bedeutung eines historischen Dokuments zu. Etwa so, wie man heute eine Verordnung aus dem Mittelalter zur Illustrierung kulturgeschichtlicher Werke benutzt, wird man einmal diese Regierungserklärung als merkwürdiges Dokument aufführen, um zu beweisen, wie wenig derartige Lufterschütterungen der Geschichte ehernes Maß aufhalten können.

Die Demokratie kehrt nicht um. Wo man ihr den Zugang versperrt, da macht sie Halt und sammelt ihre Kräfte, legt ihre Laufgräben an und zerniert die feindliche Hochburg. Mit dieser Taktik wird sie sich den Erbball untertan machen, wie sie uns genugsam bewiesen hat.

Aber: Die Demokratie ist kein Gebilde aus irgend einer höheren Sphäre. Die Demokratie sind wir! Was unter dem Unrecht leidet, gehört zu uns. Wir müssen weiterkämpfen. Der 10. Januar war nicht der Höhepunkt eines Kampfes, er war der Anfang. Unsere Arbeit geht weiter. Sie besteht in der fortwährenden Aufstellung aller derer, die durch ihre soziale Lage unter dem herrschenden Wahlrecht leiden. Verbandskollegen, laßt es nicht daran fehlen! Für euch, wie für alle Arbeiter gilt die Parole:

Keine Ruhe in Preußen, ehe nicht das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt ist!

Keine Ruhe in Preußen!

Am 10. Januar trat der preussische Landtag wieder zusammen, nachdem er reichlich lange Weihnacht gefeiert hatte. Gleich für die erste Sitzung stand der Antrag der freisinnigen Parteien auf der Tagesordnung:

Die Regierung zu ersuchen, noch in dieser Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen 1. unter Aenderung der Artikel 70, 71, 72 und 115 der preussischen Verfassungsurkunde für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit geheimer Stimmabgabe zur Einführung gelangt; 2. zugleich auf Grund der vorläufigen Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und entsprechend den Grundfäden des Gesetzes vom 27. Juni 1860 eine anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus herbeigeführt und die Gesamtzahl der Abgeordneten neu bestimmt wird.

In allen politischen Kreisen hatte man diesen Tage mit begreiflicher Spannung entgegengesehen; denn am 10. Januar sollte es sich entscheiden, wie das, was sich heute preussische Regierung nennt, über die Wahlrechtsfrage denkt. Eine programmatische Erklärung des Ministerpräsidenten Fürst Wilow war angeknüpft worden, aber die man sich schon vorher in allerlei Mutmaßungen erging.

Die sozialdemokratische Partei als legitime Vertreterin der Arbeiterschaft, der Klasse, die am schwersten unter dem heute geltenden Wahlrecht zum preussischen Landtage leidet, hatte für den 9. Januar in allen Teilen des preussischen Staates Demonstrationsversammlungen einberufen, die noch einmal den Willen des Volkes nach einer durchgreifenden Wahlreform bekunden sollten. Diese Versammlungen haben stattgefunden, und sie haben trotz des in ganz Norddeutschland herrschenden Unwetters, das werktätige Volk Preußens in einer noch nie vorher erreichten Anzahl zusammengeführt. In der Reichshauptstadt, im junkerlich geknebelten Osten, in Schlesien, in den inneren Provinzen, im Norden, im industriellen Westen und im Süden, der früher einmal bessere Zeiten gesehen hat, überall war die Beteiligung über alle Erwartungen großartig. In allen diesen Versammlungen — es mögen 1000 und mehr gewesen sein — würde eine gleichlautende Resolution angenommen, die unter Hinweis auf den weit mehr demokratisierten Süden des Reiches für Preußen das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht für alle über 20 Jahre alten Staatsangehörigen forderte. Die Beschlüsse der Versammlungen wurden durch Telegramme dem betreffenden Landtagsabgeordneten des Kreises, dem Präsidenten des Landtags und dem Ministerpräsidenten mitgeteilt.

Bei der Eröffnung des Landtags hielten mehrere tausend Arbeiter die Straße, in der das Landtagsgebäude liegt, besetzt und empfangen die ankommenden

„Zukunftsstaat“ und Zwangsgewalten des Gegenwartstaats.

I.

Die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Propaganda der sogenannten „Staatsvertreter“ Elemente hat... Die gegen die Sozialdemokratie gerichtete Propaganda der sogenannten „Staatsvertreter“ Elemente hat...

Aber das ist nur ein Teil des Widerspruchs, in den die „Staatsvertreter“ sich verstricken bei dem Bemühen, vor dem von ihnen konstruierten „sozialdemokratischen Zukunftsstaat“ grüselig zu machen.

Diese Theorie — der wir unter gewissen Voraussetzungen auch beifolgs — hat gegolten von Beginn der Staatenbildung an bis zu diesem Tage.

sie erfahren hat. Der Staat war bis jetzt immer und überall Klassenstaat. Das Sonderinteresse herrschender Stände und Klassen hat ihm das Gepräge gegeben, ihr organisiert, ihn sich dienstbar gemacht.

Doch wir brauchen gar nicht in die Vergangenheit zu schweifen, um zu erkennen, daß alle Herrschaft im Klassenstaats Zwangszwang ist und nichts anderes sein kann. Der Gegenwartstaat, der sogenannte „Rechtsstaat“, kann uns darüber auch, und zwar in mancher Hinsicht noch viel eindringlicher belehren.

der verfassungsmäßig den Staatsbürgern gewährten Rechte und Freiheiten, dem aber spricht die Praxis Sohn.

Es gibt gewisse Arten obrigkeitlicher resp. gesellschaftlichen Zwänge, die unbedingt gelbt werden müssen im Interesse des gemeinen Wesens. So der Schulpflicht.

Wie wird in Preußen regiert?

Wenn von konstitutionellen Staatswesen gesprochen wird, so rechnet man gemeinlich auch Preußen dazu, als hätte man hier bei uns zu Lande ein öffentliches Leben und Einrichtungen gleich denen in England.

Daß aber Preußen in den Gemeinden keine wirkliche Selbstverwaltung hat und daß auch keine parlamentarischen Einrichtungen nur zu einer Art Scheinkonstitutionalismus ausreichen, hat seinen Hauptgrund darin, daß die geschichtliche Entwicklung die ganze staatliche Macht einer sich selbst rekrutierenden Beamtenchaft, der Bureaucratie, in die Hände gespielt hat.

Die Bureaucratie erhielt ihre Gestalt und ihr Gepräge in der Zeit des Absolutismus, hauptsächlich unter den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., also

Gefärbter Putzmörtel.

Von Fred Spob.

(Nachdruck verboten.)

Seit einigen Jahren ist man unter dem Einfluß des modernen Kunstgewerbes eifrig bemüht, die Architektur wieder durch Farben zu beleben. Es wird die Glas- und Steinmaßelei gepflegt, auch Frontalmercenien sind nicht selten; aber derartige dekorative Mittel erfordern, wenn sie wirklich in künstlerischer Vollkommenheit und solide ausgeführt werden sollen, einen erheblichen Kostenaufwand.

Der Putzmörtel hat bei uns die Steinarchitektur zu vertreten; Giebelungen aus edlem Sandstein, Granit, Kalkstein und Marmor bilden bei uns nur die Ausnahmen — der Putzmörtel erscheint daher als das wichtigste Material unserer Frontalarchitektur überhaupt. Bei den modernen Architekturen, welche auf die Nachahmungen der klassischen Stile wenig Gewicht legen, ist das Gefälle und Ornament und damit auch der Stuck in den Hintergrund getreten — das Gebäude soll durch die Gliederung der Massen an sich materialisch wirken, und auf diese Weise hat man große, glatte, nur von Fenstern und Türen verschiedener Größe durchsetzte Putzflächen erhalten, wie dies gerade in der Wiedererweckung üblich war.

man jetzt sehr häufig derartig ausgeführten Neubauten, die durchaus nicht immer eine landestypische Färbung zeigen, sondern ebensowohl gelbliche und rötliche, wie braune und grüne Töne aufweisen. Diese Färbung ist auch selten so distret, wie der natürliche Sandstein und die neue, umfangreiche Bauanlage des Coppie-Charlottenparks in Charlottenburg mit den breiten Eiserneierfontänen der Schiller- und Grolmannstraße — die einen in einem dunkleren, nur durch helle Fensterrahmen belebten Rotbraun, die anderen in einem aufdringlichen Lehmgelb — bilden geradezu eine laute Protest gegen die stillen und dezenten Töne, welche sonst das Bild der großstädtlichen Straßen aufweist. Ob sich unser Auge, einmal an diese reichen, in auffälligen Tönen gehaltenen Putzflächen gewöhnt wird, ist zweifelhaft; aber soweit steht fest, daß die Verwendung gefärbten Putzmörtels jetzt wieder sehr beliebt ist, und die Verwendung kann ja auch in degenerierter Form angesehen, als dies hier der Fall ist. Jedenfalls ist es angebracht, sich mit den technischen Mitteln zur Ausführung dieses farbigen Putzes vertraut zu machen.

Es ist allgemein bekannt, daß man auch dem gewöhnlichen Rotputzmörtel Farbe zusetzen kann, und ihn zu tönen. Die Färbung kann auch durch Zusatz von Rotmarmor oder Portlandement gechehen. Aber diese Anwendung besterger Farben, von denen viele sich nicht gut mit dem Mörtel mischen oder nicht witterungsbeständig genug sind, ergibt doch nur sehr ungunstige Resultate; der Putz trocknet nicht selten fleckig und ungleich. Kameralisch für den Farbeneffekt muß man die Farben vorläufig wählen; bedacht haben sich für Schwarz Braunstein, für Grün Ultramarinsgrün, für Blau Ultramarinblau, für Rot Caputh mortuum, während Oben schon zur Erzielung solcher wie auch brauner Töne geeignet ist. Eine leichte gelbliche Tönung gewöhnlichen Rotputzmörtels erzielt man durch Zusatz einer dünnen Lösung Eisenvitriols oder durch Mischung mit braunem Hornazingement.

Wie schwer es ist, eine schöne und dauerhafte Färbung des Putzmörtels zu erzielen, wird man dem Umstand entnehmen, daß der Verein zur Beförderung des Gewerbetreibenden in Preußen im Jahre 1874 dem Maurermeister Ambroselli für den von diesem erfindenen gefärbten Putz einen Preis zuerkannte. Ambroselli hat nach umfassenden Versuchen genau angegeben, wie der Mörtel für die verschiedenen Putzschichten zusammenzusetzen und zu färben ist. Zum Färben finden die oben aufgeführten Farbstoffe Verwendung. Im allgemeinen genügen für den farbigen Putz von Ambroselli zwei Mörtelschichten; für ganz feine Arbeit

verwendet man aber drei verschiedene Mörtelmassen, die für drei Schichten Verwendung finden. Der Mörtel für den Grundputz besteht aus einem Teile gutgeschlägten Stämmörtels und zwei Teilen sehr scharfen Sandes. Wenn diese Masse gut gemengt ist, so setzt man ihr 25 pBt. Portlandement zu. Es wird nun gerade soviel Wasser hinzugegeben, daß ein sollspritzer Brei entsteht, der sich gleichmäßig anstreichen läßt. Auf diese Schicht, die schon ziemlich erhärtet sein muß, ehe man die nächste aufträgt, kommt eine Putzschicht aus feinerer Mörtelmasse, die aus zwei Teilen Stämmörtel, zwei Teilen feinen Sandes gebildet wird, und der wieder nach sorgfältiger Mischung 12 pBt. Portlandement zugefügt werden. Von der jetzt vorher angerührten Farbe gibt man dem Gemenge, soviel hinzu, als es der gewünschten Farbton erfordert, und nun wird die mit Wasser angerührte Masse, die wieder recht schlüpfrig zu halten ist, aufgezogen und aufgetragen. Bei diesem wie überhaupt bei jedem Ruhe muß man darauf achten, daß der Mörtel nicht mit der „Karlische“ zu viel hin und her getrieben wird; er muß beim Aufziehen sofort richtig liegen. Das Aufziehen muß mit wenig Wasser geschehen, d. h. der Putz wird nach dem Aufziehen nur noch mit dem Wasserpinsel besprengt damit mittels Reibebrett eine glatte Oberfläche zu bewerkeln ist. Aber das Reibebrett muß eben nur die Partien der Oberfläche glätten, nicht etwa die ganze Mörtelschicht wieder mit Gewalt nach der Seite treiben. Zu vieles Ginz und Herreisen des Mörtels bewirkt ein Teufeln des selben, d. h. er bindet ab, ehe eine solide Verbindung mit dem Mauermörtel erzielt ist.

Will man nun aber eine besonders feine Fläche erzielen, wie dies z. B. in Vestibülen, Treppenhäusern, Korridoren monumentaler Gebäude üblich ist, so wird die Farbe erst der dritten Mörtelschicht zugefügt. Man mischt diese aus einem Teile feinsten Sandes, einem Teile feingebietten Kalks und 0,05 Teilen feingemahlten Zements, mischt man die Farbe zuerst. Der so bereitete Mörtel ist nicht nur für glatte Flächen, sondern auch zum Ziehen aller Gefimse in sehr korrekter Ausführung geeignet. Soll der farbige Putz gleichmäßig ausfallen, so muß das begonnene Stück auch an demselben Tage vollendet werden. Man muß sich also die Fläche in begrenzte Felder teilen und die an einem Tage begonnene Schicht des betr. Feldes auch vollenden. Ein Nachputzen ist an keiner Stelle zulässig — auf diese Weise würde man die ganze Arbeit durch auffällige Flecke verderben.

Karl Spath-Gengenbach (477 006), Ost. Noth-Stade (350 584), Hermann Hoffmann-Damburg (483 159).

Aufgefordert, ihren Bericht nachzukommen... werden vom Zweigverein... am 13. Oktober 1881 zu Stolberg...

Schankmachungen der Gauvorstände.

Gau Erfurt.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand... die diesjährige Konferenz für den Gau Erfurt auf Sonntag, den 25., und Montag, den 26. Januar...

Der Gauvorstand. F. A. Johann Schenk.

Gau Berlin.

Im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand... hermit auf Sonntag, den 15. März, die vierte Gau-Konferenz nach Berlin...

Tagungsordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht... 2. Agitation und Lohnbewegung... 3. Anträge...

Für die Wahl der Delegierten zur Gaukonferenz... folgende Bestimmungen des Reglements maßgebend:

§ 6. Die Zahl der Delegierten richtet sich nach der Stärke der Mitgliedschaft... § 7. Die Wahl der Delegierten hat nur in Mitgliederversammlungen durch geheime Abstimmung zu erfolgen...

Zur Vertretung ist jeder Zweigverein verpflichtet... Die Beschlüsse der Konferenz werden so rechtzeitig beendet sein...

Der Vorstand. J. A. G. Ruppel.

Gau München.

Gemäß den Bestimmungen unseres Statuts und... hermit auf Samstag, den 7. und Sonntag, den 8. März...

Als Tagesordnung schlagen wir... a) des Vorsitzenden, b) des Kassierers, c) der Neuesten...

Die weiteren Mitteilungen werden den Zweigvereinsvorständen in nächster Zeit durch Mundschreiben zugehen.

Der Gauvorstand. J. A. F. Gatzl.

Gau Nürnberg.

An Stelle des verstorbenen Kollegen M. Ulrich ist... Martin Roth, Hermannstraße 10/0 als Kassierer bestellt worden.

Der Gauvorstand. J. A. Merkel.

Berichte.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß... für die laufende Nummer berücksichtigt werden können...

Barth. In der am 5. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung wurde der Vorstand neu gewählt... die diesjährigen Kollegen am meisten scheuen...

Berlin. Eine Mitgliederversammlung der Faber... am 5. Januar. Nach Eröffnung der Versammlung wurde vom Gewerksverein der Bauhofsgruß vorgetragen...

Sammlung gegeben werden. Der Winter von 1906 zu 1907 hatte für unsere Kollegen einen sehr schmerzhaften Anfang... unsere Kollegen sehr lange arbeitslos waren...

Wiesfeld. (Jahresbericht.) Am 5. Januar hielt der Zweigverein seine Generalversammlung ab...

Die Verhandlungen der Konferenz werden so rechtzeitig beendet sein, daß jeder Delegierte noch am Abend desselben Tages in seine Heimat zurückreisen kann.

Die Verhandlungen der Konferenz werden so rechtzeitig beendet sein, daß jeder Delegierte noch am Abend desselben Tages in seine Heimat zurückreisen kann.

Die Mitgliederzahl beträgt im Jahresdurchschnitt 918. Wir hatten Neuauflagen 178, davon waren 23 schon einmal Mitglieder, zugeworfen sind 300...

Braunschweig. (Jahresbericht.) Das verfloßene Jahr hat ebenfalls noch keine bessere Bautätigkeit gebracht. Neubauten wurden 1908 in der Stadt 69, davon 27 Wohnhäuser und 3 Schulen, 1907 nur 86, davon 20 Wohnhäuser...

immer noch nicht einsehen, daß, je größer die Opfer, desto größer die Erfolge sind. ...

Wiesbaden. Am 5. Januar tagte unsere Monatsversammlung, die ziemlich gut besucht war. ...

Sachsen. Am 20. Dezember tagte unsere regelmäßige Mitgliederversammlung. ...

Sangerhausen. Wie es scheint, haben die Sangerhäuser Kollegen es nicht nötig, sich einmal in die Versammlung zu begeben, ...

Wittenberge. In der Mitgliederversammlung am 7. Januar wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. ...

Schwelmur. (Konferenz zu Münsterstadt.) In einem der schwärzesten Teile vom nördlichen Unterfranken bestanden schon seit circa zehn Jahren einige kleine Zweigvereine ...

Erbsiced. (Jahresbericht.) Im verfloffenen Jahre war die Bautätigkeit in unserem Zweigvereinsgebiet ebenfalls lebhaft. ...

Waren. Am 28. Dezember hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. ...

Fliesenleger. Je näher wir dem Ablauf des vereinbarten Tarifes entgegenzueilen, um so mehr zeigt sich ...

Duisburg. Je näher wir dem Ablauf des vereinbarten Tarifes entgegenzueilen, um so mehr zeigt sich ...

leger und war deshalb auch stets gehalten, nach Tarif zu zahlen. ...

Strahburg i. O. Die hiesige Sektion hielt am 7. Januar eine sehr gut besuchte Versammlung ab. ...

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einheit.) In der Woche vom 5. bis 11. Januar sind folgende Beträge eingegangen: ...

Dom Bau.

Das Baujahr 1907 nach Arbeiterdarstellungen. III. Der Bau-Stettin besteht aus dem größten Teil der Provinz Pommern und einigen angrenzenden brandenburgischen ...

bedeuten? Ober die 1300 Metallarbeiter? Ober die 400 Bergarbeiter? Nur interessanter sind die "Sonstigen Vereine", die rund 40000 Mitglieder haben...

Sämtliche Organisationen weisen 170 000 Kronen als Einnahmen, 80 000 Kronen als Ausgaben und einen Vermögensstand von 100 000 Kronen aus...

Die Einnahmen dieser selbstverständlich fast durchweg aus den Beiträgen der Mitglieder. Die Beiträge schwanken bei den Zentralverbänden zwischen 20 Heller und 1 Krone...

Die Herren haben recht: die "Schwankungen" ihrer "Armeen" ergeben sich sofort, sobald man die Beitragsleistung und Gesamtannahmen der Gesamtorganisation der "Christlichen" oder ihrer Zentralverbände der Anzahl der "nicht im Rückstand befindlichen Mitglieder" gegenüberstellt...

Mit der Gesamtorganisation stimmt es auf alle Fälle nicht; vielleicht bei den Zentralverbänden, deren Mitglieder, wie der Bericht selbst besagt, "nicht im Rückstand sind"...

Die Einnahmen sämtlicher Gewerkschaften von Kr. 170000 wollten wir den Zentralverbänden zu gute kommen lassen, damit wenigstens diese "Gewerkschaften" ihre 27000 Mitglieder nachweislich können, und bezichtigt sogar auf die Einnahmen der 85 Vereine mit 39982 Mitgliedern, um doch etwas von der christlichen Gewerkschaftsorganisation in Oesterreich bestehen zu lassen...

Als, ihr "christlichen Wäcker", wo ist die "Armee" von 67000 Arbeitern und Arbeiterinnen, die in den christlichen Gewerkschaften stehen? Das dürfte genügen, um den Schwund aufzudecken, der mit der angeblich so stramm vorwärts marschierenden christlichen Gewerkschaftsbewegung Oesterreichs geschrieben wird.

Verschiedenes. Aus den Liedern eines Armen. Von August Ellinger. Motto: Ich trage jeden Tag des Jochs, Ich trage es und singe doch...

Eingegangene Schriften. Die "Neue Zeit" (Stuttgart, Paul Singer), Heft 15 des 26. Jahrgangs. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Ein Totengericht, — Jules Guesde und die französische Arbeiterbewegung...

Sozialreform für die Bureauangestellten. Unter diesem Titel hat der Zentralverein der Bureauangestellten Deutschlands eine von ihm am Reichstag und Bundesrat gerichtete Denkschrift über die Forderungen der Bureauangestellten an die sozialpolitische Gesetzgebung in Vorschlagsform ersiegeln lassen...

Angestrichen ist es anzuführen, daß die Organisation der Bureauangestellten mit den ungeheuersten Schwierigkeiten zu kämpfen hat, daß sie noch klein ist und erst geringe Erfolge erzielen konnte...

Briefkasten.

Altenburg, D. M. Woher weißt Du denn, daß wir die Anzeige am 29. Dezember erhalten haben? Du hast die Verzögerung nicht berücksichtigt...

Bayreuth, C. K. Im Preußens besteht eine Vermögenssteuer, aber nicht auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuchs, sondern auf Grund eines besonderen Gesetzes...

Wittenberge, C. S. "Im Generalanzeiger". Gleisburg, Bescheid uns doch mit solchen Erklärungen, wir nehmen sie nicht an!

Anzeigen.

Anzeigen werden nur durch Vermittlung der Zweigvereins- bezw. Zahlstellen- oder Sektionsvorstände angenommen. Geschäftsanzeigen sind ausgeschlossen.

Sterbefahel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlicht wir alle Todesfälle der Verbände Mitglieder, von denen uns innerhalb einer Woche nach erfolgtem Tode die Mitteilung gemacht wird. — Die Seite kostet 16 A.)

- Altenburg. Am 6. Januar starb nach langem Leiden unser Kollege Gustav Bauer an Schwindel. Berlin. Am 5. Januar starb unser treues Mitglied Wilhelm Lütjmann im Alter von 74 Jahren...

Frankenberg i. S.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: Max Pezold, Klingbach 11. [M. 1,50] Der Vorstand.

Frankfurt a. d. O.

Der Kassierer Wilhelm Nikolaus wohnt Sophienstraße 36. Beiträge und Anmelddungen werden jeden Dienstag, abends von 7 bis 9 Uhr, nur im Geschäftslokal entgegen genommen...

Penig.

Die Wohnung des Kassierers Richard Dittrich ist Schlossstraße Nr. 360. [M. 1,50] Der Vorstand.

Salzweled. Die Wohnung des ersten Kassierers Fritz Haase befindet sich vom 1. Januar 1908 ab: Vor dem Neuentor Nr. 58. [M. 2,10] Der Vorstand.

Jork-Estebriigge. Die Adresse des Vorsitzenden ist jetzt: Hermann Brösicke, Estebriigge, die des Kassierers: Johann Voss, Estebriigge. [M. 2,40] Der Vorstand.

Oranienburg. Sonntag, den 19. Januar, nachm. 4 Uhr: Winterfränzchen bei Emil Humann, Schützenstraße. Sämtliche Kollegen von Oranienburg und Umgebung sind mit ihren Familien freundlichst eingeladen. [M. 3,30] Der Vorstand.

Zehdenick. Sonnabend, den 25. Januar, abends 8 Uhr: Großer Wiener Maskenball im Lokale des Herrn Buchholz. Alle Kollegen, auch die Kollegen von den Ortschaften, sind hiermit freundlichst eingeladen. Eintrittskarte 85 A. [M. 3,30] Der Vorstand.

Aufforderung. Der Kollege Hugo Habermann (Verb.-Nr. 194618) soll als Zeuge benannt werden. Er wird deshalb erlucht, seine Adresse dem Unterzeichneten anzugeben. [M. 2,40] Der Vorstand.

Der Maurer Aug. Lemmermann, geb. zu Lüneburg, wird gebeten, seinen Eltern seine Adresse zukommen zu lassen. [M. 1,80]

Veranstaltungs-Anzeiger. Die Verbandsskologen werden dringend gebeten, alle Veranstellungen zu besuchen.

Bergedorf. Im Lokale des Herrn Wandt. Sonntag, den 19. Januar. Nachm. 2 Uhr im "Kocherzimmer" zu Schweibitz.

Glesien. Im Thomashofen Lokale zu Großwig. Z.-D.: Vorstandswahl. Grosswig. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung bei Wih. Reinitz in Reinitzberg. Keusohberg. Nachm. 3 Uhr im "Gasthof zur Stadt Detz". Ohlau. Nachm. 2 Uhr im Vereinslokal. Z.-D.: Jahresbericht und Vorstandswahl. Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr bei Buchholz. Z.-D.: Bericht des Vorstandes und Vorstandswahl. Zehdenick. Mittwoch, den 22. Januar.

Berlin. (Gruppe St. a. b. i. p. u. k. und Zeiger). Abends 8 Uhr in den "Kornmüllerei". (Kornmüllerei). Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10. (W. a. b. i. p. u. k. e. r.). Abends 8 Uhr bei Jannasch, Inselstr. 10.

Nürnberg. (Sektion der Hirschenleger). Abends 8 Uhr Generalversammlung im "Hirschenhof" (Gewerkschaftshaus). Sonntag, den 26. Januar. (Demontierer). Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engel-Platz 15, Saal 1.

Döbeln. Nachm. 3 Uhr. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen. Hintersee. Vorm. 11 1/2 bei Weder in Dichtenburg. Mannheim-Ludwigshafen. Nachm. 3 Uhr im Lokal Diefel, Ludwigshafen, Besichtigungswahl zur Gewerkschaft. Speyer. Nachm. 3 Uhr Generalversammlung. Z.-D.: Geschäfts- und Kassensbericht, Vorstandswahl, Anträge und Delegiertenwahl zur Gewerkschaftsversammlung, Verchiedenes.

Zentral-Krankenkasse der Maurer usw. Sonntag, den 19. Januar. Essen. Nachm. 4 Uhr Generalversammlung bei Eitel. Z.-D.: Bericht und Vorstandswahl. Frankfurt a. d. O. Nachmittags 3 Uhr Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Templin. Nachm. 8 Uhr bei Ritzsch.

Sonntag, den 26. Januar. Br.-Lichterfelde. Vorm. 9 1/2 Uhr im "Kaiserhof". Z.-D.: Bericht des Kassierers, Wahl des Vorstandes. Kemberg. Nachm. 3 Uhr im "Gasthof zur goldenen Krone". Z.-D.: Vorstandswahl vom vierten Quartal, Bericht der örtlichen Verwaltung. Luckenwalde. Nachm. 3 Uhr bei Beckmann, Stifftstraße. Z.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Wahl der örtlichen Verwaltung, Bericht des Kassierers, Wahl der Gewerkschaftsversammlung, "Gambitrus".

München. Sonntag, den 22. Januar. Bericht der örtlichen Verwaltung, 2. Verchiedenes. Reineckendorf. Vorm. 9 1/2 Uhr bei Knecht, Hauptstraße. Z.-D.: Abrechnung vom vierten Quartal, Bericht der örtlichen Verwaltung, Bericht des Kassierers.

Sonntag, den 2. Februar. Berlin. Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. Z.-D.: Kassens-, Neuwahl- und Jahresbericht, Wahl des zweiten Beisitzenden, erster Kassierer, zweites Schriftführer und zweiter Beisitzer. Verchiedenes. Mitgliedsbuch feststellen.

Drend: Hamburger Buchverleger und Verlagsbankakt Huer & Co. in Hamburg.